

Landessynode  
der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz  
24. bis. 27. Oktober 2018

E r k l ä r u n g  
der Landesynode  
zum Thema „Gesellschaftlicher Frieden – reich, arm raus?“

---

**„I. Abgehängt in einer reichen Gesellschaft**

In Deutschland sind 16,2% der Menschen von Armut betroffen. Vergleichsweise viele Menschen in unserer Region können ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft sichern und beziehen Grundsicherung, also „Hartz IV“, etliche von ihnen, obwohl sie einer Erwerbsarbeit nachgehen. Fast jedes dritte Kind in Berlin lebt von „Hartz IV“, in Brandenburg jedes siebte Kind. Aufgrund prekärer Arbeitsverhältnisse ist Altersarmut vorgezeichnet. Wohnraum wird in Berlin und anderen großen Städten knapp, so dass immer mehr Familien, Alleinerziehende und junge Erwachsene wohnungslos werden. Etwa 50.000 Wohnungslose leben in Berlin in Unterkünften, Wohnheimen, Hostels oder bei Freunden. Einige Menschen, die zur Arbeitsplatzsuche aus EU-Ländern zu uns kommen, befinden sich äußerst prekär in ausbeuterischen Arbeits- und Wohnverhältnissen. Viele Menschen sind nicht krankenversichert.

Armut bedeutet, nur eingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Viele arme Menschen fühlen sich deshalb auch nicht zu demokratischer Mitwirkung aufgefordert. Entschieden gegen Armut zu kämpfen, heißt für uns auch, demokratisches Denken und Handeln zu stärken.

**II. Kirche für ein Leben in Freiheit von Furcht und Not**

In der Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wird das Recht auf ein Leben in Freiheit von Furcht und ohne Not als zentrale Forderung erhoben. Dieser Erklärung, die die von Gott geschenkte Würde jedes Menschen abbildet, fühlen wir uns als Kirche verpflichtet.

Zur Nachfolge Christi gehört, Anwaltschaft für die zu übernehmen, die zu den „Schwachen“ in der Gesellschaft gezählt werden. Dabei sind gerechte Umverteilung von Reichtum und gesellschaftliche Verantwortung aller einzufordern. „Eigentum verpflichtet“, heißt es im Grundgesetz, „Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“. Das gilt auch für die Kirchen, auch für uns.

### **III. Engagement und Forderungen**

Ihre Verantwortung für gerechte Teilhabe und Armutsbekämpfung nehmen Kirche und Diakonie gemeinsam wahr. Als Arbeitgeber fangen wir bei uns selber an. Wir wollen mit unseren Ressourcen auch unseren Beitrag zur Eindämmung sozialer Ungerechtigkeit leisten. Wir gestalten unsere Angebote inklusiv.

Unsere Kirchenkreise, Kirchengemeinden und diakonischen Träger nehmen Verantwortung vor Ort wahr. Praktische Angebote zur Unterstützung und politische Positionierung gegen soziale Ungerechtigkeit und demokratiefeindliche Tendenzen gehören zusammen. Sozialberatung, Familienbildung, Elternbildung, Gruppenangebote für Alleinerziehende, Patenschaften, Schularbeitszirkel, Tafelangebote und Nachtcafés sind Beispiele für solche Angebote. Durch Teilnahme an politischen Demonstrationen und anderen Willensbekundungen, Mitarbeit in Bündnissen wie z. B. der Landesarmutskonferenz, und eigene Angebote zur Diskussion gesellschaftspolitischer und sozialer Fragen leisten wir einen Beitrag zum gesellschaftlichen Frieden und zu sozialer Gerechtigkeit. Dabei wollen wir besonders auf die Stimmen der von Armut Betroffenen hören und geeignete Formen der Kooperation mit ihnen suchen.

Als Landeskirche unterstützen wir sozialpolitische Forderungen zur Verbesserung der Lebenslage der Menschen. Eine armutsfeste soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit und Alter, die Einführung einer Kindergrundsicherung, die bedarfsgerechte Erhöhung der Grundsicherungsleistungen, die bessere Unterstützung Alleinerziehender, eine wirksame Sicherung von Wohnraum sind die wichtigsten Forderungen, die wir an die Bundes- und Landespolitik richten. Von Ländern und Kommunen fordern wir den Ausbau der Infrastruktur und ausreichender kostenloser Beratungs- und Betreuungsangebote für Menschen in sozialen Notlagen.“

Sigrun Neuwert h  
P r ä s e s

Berlin, den 27. Oktober 2018